

Ihres Sonderberichterstatters mit dem deutschen Reichsaussenminister. von Neurath legte die amtliche deutsche Stellungnahme zur Rüstungsfrage dar und sagte dann wörtlich:

„Wir hoffen immer noch auf eine Konvention, die den Rüstungsstand international regelt; aber diese Hoffnung kann nicht ewig andauern. Wenn eine Verständigung nicht erzielt werden kann, müssen wir auf Mittel und Wege sinnen, unsere eigene Sicherheit zu gewährleisten. Das ist dann kein Angriffsgeist. Der beste Beweis, daß wir keinen solchen haben, ist unser Abkommen mit Polen.“

Neurath kam dann auf die Saarfrage zu sprechen. Er stellte dabei fest, daß dieses Land ganz deutsch sei. Der deutsche Außenminister schloß seine Erklärungen mit der Feststellung, daß er ein überzeugter Anhänger der französisch-deutschen Annäherung sei.

Auf eine Frage des französischen Journalisten nach den deutschen Rüstungen gab Neurath zur Antwort, daß Deutschland wohl über Fabriken verfüge, die auf die Herstellung von Waffen umgebaut werden könnten. Aber gerade, was die Bewaffnung angehe, sei Deutschland im Verhältnis zu den übrigen Mächten weit entfernt von der Gleichberechtigung.

### Die amerikanischen Schuldorderungen an England präzisiert.

London, 28. Mai. (Gavas.) Die amerikanische Regierung hat der britischen Regierung eine Note zukommen lassen, die eine Aufstellung der von Großbritannien auf die Fälligkeitsstermine vom 15. Juni 1933, 15. Dezember 1933 und 15. Juni 1934 geschuldeten Summen enthält. Eine solche Mitteilung ist vor jedem Fälligkeitsstermin üblich. Wie man vernimmt, beläuft sich die verlangte Summe auf 239,110,765 Pfund Sterling.

England wird am 15. Juni eine symbolische Zahlung wahrscheinlich erst leisten, wenn eine zuständige amerikanische Persönlichkeit öffentlich die Erklärung abgibt, daß ein solcher Schritt die nötige Anerkennung finden werde. Deshalb werden die nächsten Erklärungen Roosevelts in London mit großem Interesse erwartet.

### Weiterer Rückgang der englischen Arbeitslosen.

London, 29. Mai. (Gavas.) Nach den Statistiken ist in England ein weiterer Rückgang der Zahl der Arbeitslosen zu verzeichnen. Am 14. Mai zählte man 57,814 Arbeitslose weniger als am 23. April dieses Jahres. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug Mitte Mai noch 2,090,381.

\*

### Johnson zur Aufhebung von Kontroll- und Preisbestimmungen ermächtigt.

Washington, 28. Mai. (Gavas.) Präsident Roosevelt ermächtigte General Johnson, die Kontroll- und Preisbestimmungen aus den Arbeitsnormen für diejenigen Industrien zu beseitigen, die weniger Güter vermitteln als Dienstleistungen anbieten. Es handelt sich dabei hauptsächlich um die Hotels, die Wirtschaften, die Coiffeurs, die Färbereien, Fleischerien usw. Immerhin können für diese Industrien mit Rücksicht auf die Regelung der lokalen Konkurrenz ebenfalls obligatorische Bestimmungen erlassen werden, wenn 85 Prozent der Angehörigen einer Industrie in einer bestimmten Tätigkeitszone es verlangen.

### Die Terrorakte in Oesterreich dauern an.

Wien, 28. Mai. (Gavas.) Trotz der verschärften Maßnahmen und der an allen Orten angeschlagenen Mittelung der Ausdehnung des Standrechts folgen sich die Meldungen über Terrorakte nicht nur in Wien, sondern auch aus allen Teilen des Bundesgebiets.

Aus Feldkirch wird die Explosion eines Sprengkörpers gegenüber dem bischöflichen Palais gemeldet, wodurch nicht nur die Fensterscheiben in diesem, sondern auch in allen anliegenden Häusern beschädigt wurden. In Bischofskirchen waren nach Zusammenstößen und Zusammenrottungen zwischen Passanten und Gendarmen Maßnahmen getroffen worden, wodurch die Sperrstunde der Haustüren auf 20 Uhr herabgesetzt wurde. Am Sonntag kam es trotzdem zu einigen Zusammenstößen. Die Gendarmen zersprengten die Demonstrationen. Das Denkmal des Kaisers Franz Joseph wurde verunstaltet durch Beschmierungen und ebenso die Georgi-Kapelle. In Linz explodierte in der Bundesoberrealschule im Vorraum ein Papierboller und richtete Schaden an. Es geschah dies während der Vorbereitungen für den Tag der Jugend. — In Urfaeh gegenüber von Linz explodierte im Vorraum der Wohnung eines Religionsprofessors ein Sprengkörper und durchschlug den Kamin. Es handelt sich dabei um den Anschlag eines Schülers.

### Maßregelung zweier Professoren in Görz.

## Umstellung der deutschen Außenpolitik?

### Berlin schwer beunruhigt durch die Genfer Verhandlungen.

Berlin, 29. Mai. (Privattele.) In Berliner diplomatischen Kreisen hat man den Eindruck, daß die Stimmung in der Wilhelmstraße in den letzten Tagen reichlich nervös geworden ist. Man bringt diesen Zustand in Zusammenhang mit dem Wiederzusammentritt der Abrüstungskonferenz und mit der Tatsache, daß das deutsche Außenministerium es neuerdings keineswegs als Vorteil für Deutschland empfindet, nicht mehr Teilnehmer an den Genfer Beratungen zu sein. Dazu kommt, daß die

Nede des französischen Außenministers Barthou am letzten Freitag ungemein alarmierend gewirkt hat und daß man starke Befürchtungen in bezug auf die im Werden begriffene französisch-sowjetrussische Einigung hegt.

Insbondere Reichswehrkreise sollen durch die Anwesenheit Litwinows in Genf stark irritiert sein. Sie befürchten eine neue Einkreisung Deutschlands, und zwar um so mehr, als der deutsch-polnische Pakt sich in der Praxis lange nicht so günstig auswirkt, wie man gehofft hatte.

Auf diese Befürchtungen der Reichswehr sollen auch die auffallend vielen Besprechungen zurückzuführen sein, die Reichspräsident von Hindenburg während der letzten Woche geführt hat. Er empfing nacheinander den Außenminister von Neurath, den Vizekanzler von Papen, den Reichswehrminister von Blomberg und schließlich Reichskanzler Adolf Hitler.

Man spricht von einer notwendig werdenden Umstellung der deutschen Außenpolitik,

herborgehoben durch eine offenbar schon weit vorgeschrittene Einigung zwischen Frankreich und Sowjetrußland.

In bezug auf die Genfer Konferenz scheint die Lösung für die deutsche Presse ausgegeben zu sein, ihr im voraus jeden Ernst und jede Erfolgsmöglichkeit abzupreden.

Den Ton gibt das führende nationalsozialistische Blatt, der „Völkische Beobachter“, an. Der Genfer Berichterstatter des Blattes glaubt schon in der Eröffnungsitzung Unentschlossenheit und Ratlosigkeit festgestellt zu haben. Er hört aus der Erklärung des französischen Außenministers Barthou heraus, daß Frankreich unnachgiebig ist und unnachgiebig bleiben will. Barthou habe nur bewiesen, daß die französische Politik immer die gleiche bleibe, gleichviel ob sie von einem Briand, einem Tardieu, einem Paul-Boncour oder einem Barthou vertreten wird. Besonders interessant findet der „Völkische Beobachter“ die Bemerkung Sundersons, daß die Fortsetzung der Arbeiten entweder dem Präsidium der Abrüstungskonferenz oder aber „einer anderen Organisation“ anvertraut werden könne. Das ist, schreibt das Blatt, die Kerbe, in welche sowohl die Franzosen als auch die Russen schlagen werden, weil sie dagegen sind, daß die Abrüstungsfrage dem Völkerbundsrat oder einem Komitee der Großmächte zur Weiterbearbeitung übergeben wird. Sie denken vielmehr an die Bildung eines neuen Ausschusses, dem selbstverständlich die Russen, aber auch die sonstigen Verbündeten Frankreichs angehören müssen. Jedenfalls werden die ganzen gegenwärtigen Abrüstungsarbeiten nach dieser Auffassung von der neuen französisch-russischen Bündnispolitik völlig überschattet.

## Neuer Appell des deutschen Reichswirtschaftsministers an die Welt.

### „Ohne Exporthilfe keine Schuldentilgungen“

Frankfurt a. M., 28. Mai. (D. N. B.) Bei der Kundgebung zum 125. Bestehen der Industrie- und Handelskammer Frankfurt a. M. hielt Reichswirtschaftsminister Dr. Schmidt eine Rede in der er u. a. ausführte, Deutschland sei dabei, eine einheitliche starke zentrale Reichsgewalt zu schaffen, deren Wille bis in die entferntesten Teile des Reiches unverfälscht wirken müsse. Das schließe aber keineswegs ein starkes örtliches Eigenleben aus. Genau so sei es im Wirtschaftsleben. Deutschland müsse nur eine Wirtschaftspolitik betreiben und diese bestimme die Reichsregierung. Der Staat müsse durch gute Führung der Staatsgeschäfte, vor allen Dingen durch sparsame innere Verwaltung allen Volksgenossen den Lebenskampf erleichtern. Die öffentliche Meinung dürfe sich nicht gegen besondere Betriebsformen wenden, weil bestimmte Kreise kurzfristig meinten, daß ihre Beseitigung ihnen helfen könne. Die Regierung werde alles tun, um die kleinen Betriebe, insbesondere die Handwerkerbetriebe, zu fördern. Sie wisse aber auch, daß vom binnenwirtschaftlichen, vor allen Dingen jedoch vom exportwirtschaftlichen Standpunkt aus die Großunternehmungen nicht entfernt werden könnten.

Aus dieser Grundeinstellung heraus habe die Regierung die Gesetze über die Organisation der Wirtschaftsführung und der rationalen Arbeit geschaffen.

Es wäre nicht nur gerecht, sondern auch im Interesse der Arbeit wirtschaftlich richtiger, wenn man im Auslande erkennen würde, welche gigantische Anstrengung das deutsche Volk und sein Führer machen, um sich aus einer großen Not herauszureißen. Es wäre richtiger, nicht das Augenmerk auf angebliche Mängel zu lenken, sondern mitzuhelfen, um durch die Wiederaufrichtung eines gesunden Deutschlands der Weltwirtschaft einen größeren Impuls zu geben. Denn nur eine Belebung der Weltwirtschaft kann die deutschen Schulden bezahlen. Eines sei sicher versichert, wenn sich die Völker jetzt gegenseitig die Schuld zuschreiben, statt Hand anzulegen, um endlich schrittweise vorwärts zu kommen. Nicht durch gegenseitige Abwehrung oder gar die heimliche Freude, daß es dem andern schlechter gehe, werde die Welt gesunden, sondern wenn tatkräftig alles getan würde, um die wirtschaftlichen Möglichkeiten in allen Ländern wieder zur Entfaltung zu bringen. Nur so werde auch der Schuldendienst zur Befriedigung der Weltgläubiger wieder in Gang kommen. Deutschland habe nicht auf eine Erlösung von außen warten können, da es inzwischen hätte zugrunde gehen können. Deutschland habe den Auslande infolge der Wirtschaftsbekämpfung erheblich mehr Rohstoffe abgenommen. Es sei nur natürlich, daß es mehr als bisher zu exportieren wünsche. Verschließen sich dieser einfachen Schlussfolgerung die ausländischen Märkte, so könne Deutschland die Zahlung

die Pflicht der jungen Geistlichen, sich in die S. A. einzureihen.

Die badischen Pfarrer haben Anweisung erhalten, bei der Einteilung des pfarramtlichen Dienstes auf den S. A.-Dienst ihrer Vikare Rücksicht zu nehmen. Ueber den S. A.-Dienst der Vikare bestand vor einiger Zeit ein heftiger Streit. Viele Pfarrer waren der Ansicht, daß Vikare im S. A.-Dienst nichts zu suchen hätten.

### Die Aufgabe der Fuldaer Bischofskonferenz.

Berlin, 29. Mai. (Privattele.) Das Programm der am 5. Juni zusammentretenden Fuldaer Bischofskonferenz erweckt dadurch besonderes Interesse, daß bei den einzelnen Predigten in erster Linie die Bischöfe zu Worte kommen sollen, die bezüglich der Auslegung des Konkordats in einem besonders scharfen Gegensatz zu den staatlichen Stellen stehen. So wird in dem Kochamt zur Eröffnung der Konferenz der Berliner Bischof Dares predigen, am Abend des gleichen Tages spricht der Bischof von Ratzenburg Sprengel an den Männern und Jungmännern der Stadt.

Es wird übrigens in katholisch-kirchlichen Kreisen mit Genugtuung bemerkt, daß die lautesten Rufe im Streite gegen die Kirche in der letzten Zeit sich sehr wesentlich gemäßigt haben. Man bringt dies in Zusammenhang mit sehr bestimmten Weisungen, die von ganz oben ausgegangen sein sollen. Es wolle nicht viel bejagen, wenn lokale Behörden wie etwa letzthin in Trier den konfessionellen Jugendvereinen das geschlossene Auftreten in der Öffentlichkeit, das Mitführen von Fahnen und jede sportliche Betätigung verbieten. Eine Regelung dieser Frage für das ganze Reich lasse sich auf die Dauer nicht umgehen. Solche behördliche Verordnungen könnten diese Meinung nur beschleunigen. Jedenfalls würden die kirchlichen Führer mit allem Nachdruck darauf bestehen, daß diese Regelung nicht verschleppt werde.

### „Wir verstehen die bolschewistischen Methoden des mittelalterlichen Christentums nicht.“

München, 28. Mai. (D. N. B.) In seiner Rede auf der großen Bauerntagung führte der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Darré u. a. aus: „Das, was wir Volkstum nennen, ist niemals das Ergebnis des Wirkens deutscher Kaiser, deutscher Kirchen- und Territorialfürsten, sondern ist in seiner Voraussetzung ausschließlich an das Vorhandensein deutschen Bauerntums gebunden. Weder Fürsten, noch Kirchen, noch die Städte haben den deutschen Menschen als solchen geschaffen, sondern dieser ist in seiner Grundlage und Voraussetzung germanisches deutsches Bauerntum.“

Weiter bemerkte der Minister: „Eine deutsche Geschichte kann gar nicht geschrieben werden, wenn sie nicht von der Geschichte des deutschen Bauerntums aus geschrieben wird. Es ist zu erwarten, daß die nationalsozialistische Jugend des Dritten Reichs den überlieferten Scheinlauben der Geschichtsforschung ent-

# Umstellung der deutschen Außenpolitik?

## Berlin schwer beunruhigt durch die Genfer Verhandlungen.

Berlin, 29. Mai. (Privattelegr.) In Berliner diplomatischen Kreisen hat man den Eindruck, daß die Stimmung in der Wilhelmstraße in den letzten Tagen reichlich nervös geworden ist. Man bringt diesen Zustand in Zusammenhang mit dem Wiederzusammentritt der Abrüstungskonferenz und mit der Tatsache, daß das deutsche Außenministerium es neuerdings keineswegs als Vorteil für Deutschland empfindet, nicht mehr Teilnehmer an den Genfer Beratungen zu sein. Dazu kommt, daß die

Rede des französischen Außenministers Barthou am letzten Freitag ungemein alarmierend gewirkt hat und daß man starke Befürchtungen in bezug auf die im Werden begriffene französisch-sowjetrusische Einigung hegt.

Insbesondere Reichswehrkreise sollen durch die Anwesenheit Litwinows in Genf stark irritiert sein. Sie befürchten eine neue Einkreisung Deutschlands, und zwar um so mehr, als der deutsch-polnische Pakt sich in der Praxis lange nicht so günstig auswirkt, wie man gehofft hatte.

Auf diese Befürchtungen der Reichswehr sollen auch die auffallend vielen Besprechungen zurückzuführen sein, die Reichspräsident von Hindenburg während der letzten Woche geführt hat. Er empfing nacheinander den Außenminister von Neurath, den Vizekanzler von Papen, den Reichswehrminister von Blomberg und schließlich Reichskanzler Adolf Hitler.

Man spricht von einer notwendig werdenden Umstellung der deutschen Außenpolitik,

herborgerufen durch eine offenbar schon weit vorgeschrittene Einigung zwischen Frankreich und Sowjetrußland.

In bezug auf die Genfer Konferenz scheint die Lösung für die deutsche Presse ausgegeben zu sein, ihr im voraus jeden Ernst und jede Erfolgsmöglichkeit abzuspüren.

Den Ton gibt das führende nationalsozialistische Blatt, der „Völkische Beobachter“, an. Der Genfer Berichterstatter des Blattes glaubt schon in der Eröffnungssitzung Unentschiedenheit und Ratlosigkeit festgestellt zu haben. Er hört aus der Erklärung des französischen Außenministers Barthou heraus, daß Frankreich unnachgiebig ist und unnachgiebig bleiben will. Barthou habe nur bewiesen, daß die französische Politik immer die gleiche bleibe, gleichviel ob sie von einem Briand, einem Tardieu, einem Paul-Boncour oder einem Barthou vertreten wird. Besonders interessant findet der „Völkische Beobachter“ die Bemerkung Sanderfons, daß die Fortsetzung der Arbeiten entweder dem Präsidium der Abrüstungskonferenz oder aber „einer anderen Organisation“ anvertraut werden könne. Das ist, schreibt das Blatt, die Kerbe, in welche sowohl die Franzosen als auch die Russen schlagen werden, weil sie dagegen sind, daß die Abrüstungsfrage dem Völkerbundsrat oder einem Komitee der Großmächte zur Weiterbearbeitung übergeben wird. Sie denken vielmehr an die Bildung eines neuen Ausschusses, dem selbstverständlich die Russen, aber auch die sonstigen Verbündeten Frankreichs angehören müssen. Jedenfalls werden die ganzen gegenwärtigen Abrüstungsarbeiten nach dieser Auffassung von der neuen französisch-russischen Bündnispolitik völlig überschattet.

# Neuer Appell des deutschen Reichswirtschaftsministers an die Welt.

## „Ohne Exporthilfe keine Schuldentilgungen“

Frankfurt a. M., 28. Mai. (D. N. B.) Bei der Kundgebung zum 125. Bestehen der Industrie- und Handelskammer Frankfurt a. M. hielt Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt eine Rede in der er u. a. ausführte, Deutschland sei dabei, eine einheitliche starke zentrale Reichsregierung zu schaffen, deren Wille bis in die entferntesten Teile des Reiches unverfälscht wirken müsse. Das schließe aber keineswegs ein starkes örtliches Eigenleben aus. Genau so sei es im Wirtschaftsleben. Deutschland müßte nur eine Wirtschaftspolitik betreiben und diese bestimme die Reichsregierung. Der Staat müsse durch gute Führung der Staatsgeschäfte, vor allen Dingen durch sparsame innere Verwaltung allen Volksgenossen den Lebenskampf erleichtern. Die öffentliche Meinung dürfe sich nicht gegen besondere Betriebsformen wenden, weil bestimmte Kreise kurzfristig meinten, daß ihre Beseitigung ihnen helfen könne. Die Regierung werde alles tun, um die kleinen Betriebe, insbesondere die Handwerkerbetriebe, zu fördern. Sie wisse aber auch, daß vom binnenwirtschaftlichen, vor allen Dingen jedoch vom exportwirtschaftlichen Standpunkt aus die Großunternehmungen nicht entfernt werden könnten.

Aus dieser Grundeinstellung heraus habe die Regierung die Gesetze über die Organisation der Wirtschaftsführung und der nationalen Arbeit geschaffen.

Es wäre nicht nur gerecht, sondern auch im Interesse der Arbeit wirtschaftlich richtig, wenn man im Ausland erkennen würde, welche gigantische Anstrengung das deutsche Volk und sein Führer machten, um sich aus einer großen Not herauszureißen. Es wäre richtiger, nicht das Augenmerk auf angebliche Mißstände zu lenken, sondern mitzuhelfen, um durch die Wiederaufrichtung eines gesunden Deutschlands der Weltwirtschaft einen größeren Impuls zu geben. Denn nur eine Belebung der Weltwirtschaft werde Deutschland in den Stand setzen, seine Schulden zu bezahlen. Eines sei sicher verkehrt, wenn sich die Völker jetzt gegenseitig die Schuld zuschöben, statt Hand anzulegen, um endlich schrittweise vorwärts zu kommen. Nicht durch gegenseitige Absonderung oder gar die heimliche Freude, daß es dem andern schlechter gehe, werde die Welt gesund, sondern wenn tatkräftig alles getan würde, um die wirtschaftlichen Möglichkeiten in allen Ländern wieder zur Entfaltung zu bringen. Nur so werde auch der Schuldendienst zur Befriedigung der Weltgläubiger wieder in Gang kommen. Deutschland habe nicht an eine Lösung von außen warten können, da es inzwischen hätte zugrunde gehen können. Deutschland habe dem Ausland infolge der Wirtschaftsbekämpfung erheblich mehr Rohstoffe abgenommen. Es sei nur natürlich, daß es mehr als bisher zu exportieren wüßte. Verhelfen sich dieser einfachen Schlussfolgerung die ausländischen Mächte, so könne Deutschland die Zahl der Schuldentilgungen nicht fortsetzen. Es würde

die Pflicht der jungen Geistlichen, sich in die S. A. einzureihen.

Die badischen Pfarrer haben Anweisung erhalten, bei der Einteilung des pfarramtlichen Dienstes auf den S. A.-Dienst ihrer Vikare Rücksicht zu nehmen. Ueber den S. A.-Dienst der Vikare bestand vor einiger Zeit ein heftiger Streit. Viele Pfarrer waren der Ansicht, daß Vikare im S. A.-Dienst nichts zu suchen hätten.

## Die Aufgabe der Fuldaer Bischofskonferenz.

Berlin, 29. Mai. (Privattelegr.) Das Programm der am 5. Juni zusammentretenden Fuldaer Bischofskonferenz erweckt dadurch besonderes Interesse, daß bei den einzelnen Predigten in erster Linie die Bischöfe zu Worte kommen sollen, die bezüglich der Auslegung des Konkordats in einem besonders scharfen Gegensatz zu den staatlichen Stellen stehen. So wird in dem Hochamt zur Eröffnung der Konferenz der Berliner Bischof Bares predigen, am Abend des gleichen Tages spricht der Bischof von Hildesheim, Sproll zu den Männern und Jungmännern der Stadt.

Es wird übrigens in katholisch-kirchlichen Kreisen mit Genugtuung bemerkt, daß die lauteste Rufe im Streite gegen die Kirche in der letzten Zeit sich sehr wesentlich gemäßigt haben. Man bringt dies in Zusammenhang mit sehr bestimmten Weisungen, die von ganz oben ausgegangen sein sollen. Es wolle nicht viel befagen, wenn lokale Behörden wie etwa letzthin in Trier den konfessionellen Jugendvereinen das geschlossene Auftreten in der Öffentlichkeit, das Mitführen von Fahnen und jede sportliche Betätigung verbieten. Eine Regelung dieser Art für das ganze Reich lasse sich auf die Dauer nicht umgehen. Solche behördliche Verordnungen könnten diese Meinung nur beschleunigen. Jedenfalls würden die kirchlichen Führer mit allem Nachdruck darauf bestehen, daß diese Regelung nicht verhängelt werde.

## „Wir verketten die bolschewistischen Methoden des mittelalterlichen Christentums nicht.“

Altensch, 28. Mai. (D. N. B.) In seiner Rede auf der großen Bauerntagung führte der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Darré u. a. aus: „Das, was wir Volkstum nennen, ist niemals das Ergebnis des Wirkens deutscher Kaiser, deutscher Kirchen- und Territorialfürsten, sondern ist in seiner Voraussetzung ausschließlich an das Vorhandensein deutschen Bauerntums gebunden. Weder Fürsten, noch Kirchen, noch die Städte haben den deutschen Menschen als solchen geschaffen, sondern dieser ist in seiner Grundlage und Voraussetzung germanisches deutsches Bauerntum.“

Weiter bemerkte der Minister: „Eine deutsche Geschichte kann gar nicht geschrieben werden, wenn sie nicht von der Geschichte des deutschen Bauerntums aus geschrieben wird. Es ist zu erwarten, daß die nationalsozialistische Bewegung des Dritten Reichs den überlieferten Lehren und Glaubens der Geschichtsforschung entgegen-

# Bauern und Liberale in Rumänien gegen Diktaturpläne des Königs.

## Ein Ultimatum an Carol.

Paris, 28. Mai. (Gavas.) Der „Matin“ berichtet aus London: Bukarester Telegramme melden, daß zum erstenmal in der Geschichte Rumaniens die Nationale Bauernpartei und die liberale Partei sich zusammengekommen haben, um der von König Carol gewünschten Errichtung einer autoritären Regierung Widerstand entgegenzusetzen. Die beiden Parteien, die drei Viertel der rumänischen Wählerschaft vertreten, haben dem König ein Ultimatum zugestellt, in welchem auf das energischste gegen die ihm zugeschriebenen Pläne protestiert wird.

## Latarescu tritt nicht zurück.

Bukarest, 29. Mai. (Gavas.) Nach Schluß einer Unterredung, die er mit dem König hatte, erklärte Latarescu Pressevertretern gegenüber, daß die Regierung nicht zurücktreten werde. Deshalb hatte man in Bukarest am Montag Abend ein Gefühl der Entspannung.

Indessen muß das Ergebnis der Audienz abgewartet werden, die der Ministerpräsident am Dienstag beim König haben wird. Durch eine Regierungskrise würde auch die Frage eines Wechsels des gegenwärtigen politischen Regimes akut. Es wird von der eventuellen Bildung einer Regierung Latarescu gesprochen, die mit Hilfe von Notverordnungen regieren würde, was eine nicht verfassungsgemäße Lösung der Krise wäre. Die Möglichkeit eines solchen Wechsels stößt auf den Widerstand der liberalen Partei und der nationalen Bauernpartei, die sich in Anbetracht der drohenden Gefahr vereinigt haben.

# Mazedonierbanden demonstrieren in Sofia.

Sofia, 28. Mai. (United Press.) Die erste Mißfallenskundgebung gegen den Umschwung in Bulgarien wurde heute bei der alljährlichen Gedenkfeier für den mazedonischen Unabhängigkeitskampf hier veranstaltet. Etwa 3000 Mazedonier versuchten dem Demonstrationsverbot der Regierung zuwider zu handeln und vor dem königlichen Palast eine Kundgebung zu veranstalten. In der Menge erschallte Rufe: „Nieder mit der proserbischen Regierung!“. Verrittene Polizei ging gegen die Demonstranten vor und vertrieb sie.

(Agence Bulgare.) Die politische Gruppe „Zveno“ hat am Montag Abend folgende Mitteilung veröffentlicht: „Da die neue Regierung die Mitwirkung aller lebendigen nationalen Kräfte fordert, hält es die politische Gruppe „Zveno“ für notwendig, sich als politische Organisation aufzulösen, damit ihre Mitglieder ihre Bemühungen für die Verwirklichung der nationalen Einheit im neuen Staat frei entfalten können. Ferner hat die Gruppe „Zveno“ in Anbetracht dieses Umstandes beschlossen, die Veröffentlichung ihres Presseorgans „Jagreb“ einzustellen.“

# Unglücksfälle und Verbrechen.

## Ein Zimmermann zu Tode gestürzt.

(\*) Lengzburg, 28. Mai. Auf einem Neubau in Leon stürzte der Zimmermann Ernst Lüscher, Vater von fünf noch unerwachsenen Kindern, aus 3 Meter Höhe zu Boden. Er starb an den erlittenen Verletzungen im Krankenhaus.

## Unglücklicher Schütze.

Zug, 28. Mai. (G.) In Zug wurde am Sonntag der 14jährige Knabe Meno Umbreg an der Saarstraße, während er sich am offenen Fenster befand, von einem in der Nähe mit einem Flobergewehr auf Vögel schießenden jungen Mann erschossen. Das Geschoss brang dem Knaben in die Brust, so daß der Tod fast augenblicklich eintrat. Der unglückliche Schütze wurde verhaftet.

## Schadenfeuer auf Jamaika.

Kingston (Jamaika), 28. Mai. (United Press.) Ein riesiges Schadenfeuer, durch welches ein großes Lagerhaus der Kotosfarmer-Vereinigung vollständig eingeschmelt wurde, ist heute hier ausgebrochen. Außerdem brannten mehrere Gebäude, die in der Nähe des Lagerhauses standen, nieder. Andere Häuser wurden durch das Feuer und das Wasser erheblich beschädigt. Nach den ersten Schätzungen beläuft sich der Sachschaden auf ungefähr 350.000 Pfd. Sterl., welcher Betrag in voller Höhe durch Versicherung gedeckt sein soll.

## Kampf um ein Kloster.

(\*) Rom, 29. Mai. In der sizilianischen Stadt Moto wollten einige Verbrecher in der Nacht in das Mönchs-kloster San Corrado einbrechen, wobei es zu einem erbitterten Kampf mit der auf Grund verdächtiger Erscheinungen rechtzeitig benachrichtigten Polizei kam. Die Mönche läuteten Sturm, um die Bevölkerung zu Hilfe zu rufen. Nach blutigem Gewehrkampf zogen die Verbrecher ab unter Zurücklassung von zwei Schwerverletzten. Auch ein Polizeikommissar wurde schwer verletzt.

## Unzuverlässiger Dolmetsch.

(\*) Mailand, 28. Mai. Der Berner Kaufmann Christoph Steiner war mit dem Landsmann M. Mijerez als Dolmetsch nach Mailand gekommen, um für 40.000 Rize Edelsteine in Italien zu verkaufen. Während Steiner

dem deutschen legte die amtsungsfrage dar

auf eine ngsstand er diese andauern.

werden kann, können, unsere Das ist dann daß wir keinen daß Polen.“ arfrage zu des Land ganz er schloß seine er ein er fran- erung

Journalisten gab Neurath über Fabri- g von Waffen ade, was die im Verhältnis unt von der

alden- rätiziert.

amerikanische eine Note zu- der von Groß- 15. Juni 1933, schuldeten ilung ist vor am vernimmt, 110,765 Pfund

ymbolische wenn eine zu- öffentlich die die nötige ib werden die on mit großem

beitslosen. den Statistiken der Zahl der ai zählte man 1. April dieses e Betrug Mitte

Kontroll- ächtigt.

äsident Roose- Kontroll- und men für die- die weniger Gü- anbieten. Es telis, die Wirt- leichereien usw. it Rücksicht auf enfalls obligat- enn 85 Prozent er bestimmten

rrreich

schärften Maß- agenen Mitteil- folgen sich die Wien, sondern

osion eines schöfflichen Pa- sterscheiben in u Häusern be- nach Zusant- chen Passanten worden, wodurch ihr herabgeleht u einigen Bun- die Demon- Franz So- eschmieren und obdierte in der apierblätter und rend der Vor- — In Urfeh- tum der Wöh- enkörper und dabei um den

fessoren

England wird am 15. Juni eine symbolische Zahlung wahrscheinlich erst leisten, wenn eine zuständige amerikanische Persönlichkeit öffentlich die Erklärung abgibt, daß ein solcher Schritt die nötige Anerkennung finden werde. Deshalb werden die nächsten Erklärungen Roosevelts in London mit großem Interesse erwartet.

#### Weiterer Rückgang der englischen Arbeitslosen.

London, 29. Mai. Ag. (Havas.) Nach den Statistiken ist in England ein weiterer Rückgang der Zahl der Arbeitslosen zu verzeichnen. Am 14. Mai zählte man 57,814 Arbeitslose weniger als am 23. April dieses Jahres. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug Mitte Mai noch 2,090,381.

### Johnson zur Aufhebung von Kontroll- und Preisbestimmungen ermächtigt.

Washington, 28. Mai. Ag. (Havas.) Präsident Roosevelt ermächtigte General Johnson, die Kontroll- und Preisbestimmungen aus den Arbeitsnormen für diejenigen Industrien zu beseitigen, die weniger Güter vermitteln als Dienstleistungen anbieten. Es handelt sich dabei hauptsächlich um die Hotels, die Wirtschaften, die Coiffeurs, die Färbereien, Bleichereien usw. Zimmerherren können für diese Industrien mit Rücksicht auf die Regelung der lokalen Konkurrenz ebenfalls obligatorische Bestimmungen erlassen werden, wenn 85 Prozent der Angehörigen einer Industrie in einer bestimmten Tätigkeitszone es verlangen.

### Die Terrorakte in Oesterreich dauern an.

Wien, 28. Mai. Ag. Trotz der verschärften Maßnahmen und der an allen Orten angeschlagenen Mitteilung der Ausdehnung des Standrechts folgen sich die Meldungen über Terrorakte nicht nur in Wien, sondern auch aus allen Teilen des Bundesgebietes.

Aus Feldkirch wird die Explosion eines Sprengkörpers gegenüber dem bischöflichen Palais gemeldet, wodurch nicht nur die Fenster scheibeln in diesem, sondern auch in allen anliegenden Häusern beschädigt wurden. In Bischofskirchen waren nach Zusammenstößen und Zusammenrottungen zwischen Passanten und Gendarmen Maßnahmen getroffen worden, wodurch die Sperrstunde der Haustüren auf 20 Uhr herabgesetzt wurde. Am Sonntag kam es trotzdem zu einigen Zusammenstößen. Die Gendarmen zerstreuten die Demonstranten. Das Denkmal des Kaisers Franz Joseph wurde verunstaltet durch Beschmierungen und ebenso die Georgskapelle. In Linz erblindete in der Bundesoberrealschule im Vorraum ein Papierbändler und richtete Schaden an. Es geschah dies während der Vorbereitungen für den Tag der Jugend. — In Trieste gegenüber von Linz explodierte im Vorraum der Wohnung eines Religionsprofessors ein Sprengkörper und durchschlug den Plafond. Es handelt sich dabei um den Anschlag eines Schülers.

### Maßregelung zweier Professoren in Görz.

Triest, 29. Mai. Ag. In Görz wurden die geistlichen Professoren Muzizza und Mutar (wahrscheinlich Slowenen. Die Med.) vom theologischen Seminar in Görz verhaftet und der Internierungskommission übergeben. Ihre Verhaftung steht im Zusammenhang mit den kürzlichen Zeilungsprozessen über eine Rede, die der Bischof von Triest Msgr. Folgar im Seminar von Görz gehalten haben soll. Die beiden Geistlichen hatten eine strenge Untersuchung durchgeführt, um zu erfahren, wer die Gerüchte über die Rede des Bischofs verbreitet habe. Infolge dieser Untersuchung war ein Schüler aus dem Seminar ausgeschlossen worden. Die beiden Geistlichen werden beschuldigt, die italienischen Geistlichen des Seminars verfolgt zu haben. Ferner wird den beiden Professoren antisemitische Propaganda vorgeworfen.

Der Bischof von Triest Msgr. Folgar war kürzlich von der italienischen Presse maßlos angegriffen worden wegen angeblich profanierender, antisemitischer Haltung. Zum Verständnis der Lage muß man sich indessen wieder daran erinnern, daß die 600,000 Slowenen in Istrien und Görz vollkommen rechtlos sind. Nicht nur, daß sie keine (öffentlichen wie privaten) Schulen halten dürfen, nicht einmal Zeitungen und Zeitschriften in slowenischer Sprache sind gestattet. Der faschistische Staat zielt ganz einfach auf die systematische Ausrottung des Slowenischen hin. Die Führer und früheren Deputierten der Slowenen, die durch den Vertrag von St. Germain unter italienische Herrschaft gekommen waren, müssen im Ausland leben, wenn sie nicht riskieren wollen, auf die Liparischen Inseln deportiert zu werden. Das Los der slowenischen Minderheit ist womöglich noch trauriger als dasjenige der deutschen Minderheit in Südtirol, die sich Drangsalierungen aller Art gefallen muß, für die sich aber seit Stresemann höchstens etwa noch gelegentlich eine liberale englische Zeitung — der „Manchester Guardian“ — einsetzt. Einen gewissen Nützlichkeitsfaktor finden die Slowenen noch in der Kirche. Allein, wie die Gehe gegen den Bischof von Triest und die Maßregelung der beiden Professoren am Görzer Seminar zeigt, ist offenbar jedes Eintreten der Geistlichen für die Slowenen mit größten Gefahren verbunden. Die Med.

Reichswehrminister von Lomberg und schließlich Reichsfinanzminister Adolf Hitler.

## Neuer Appell des deutschen Reichswirtschaftsministers an die Welt.

### „Ohne Exporthilfe keine Schuldentilgungen“

Frankfurt a. M., 28. Mai. Ag. (D. N. B.) Bei der Kundgebung zum 125. Bestehen der Industrie- und Handelskammer Frankfurt a. M. hielt Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt eine Rede in der er u. a. ausführte, Deutschland sei dabei, eine einheitliche starke zentrale Reichsgewalt zu schaffen, deren Wille in die entferntesten Teile des Reiches unverfälscht wirksam müsse. Das Schicksal aber keineswegs ein starkes örtliches Eigenleben aus. Genau so sei es im Wirtschaftsleben. Deutschland müsse nur eine Wirtschaftspolitik betreiben und diese bestimme die Reichsregierung. Der Staat müsse durch gute Führung der Staatsgeschäfte, vor allen Dingen durch sparsame innere Verwaltung allen Volksgenossen den Lebenskampf erleichtern. Die öffentliche Meinung dürfe sich nicht gegen besondere Betriebsformen wenden, weil bestimmte Preise kurzfristig meinten, daß ihre Beseitigung ihnen helfen könne. Die Regierung werde alles tun, um die kleinen Betriebe, insbesondere die Handwerkerbetriebe, zu fördern. Sie wisse aber auch, daß vom binnenwirtschaftlichen, vor allen Dingen jedoch vom exportwirtschaftlichen Standpunkt aus die Großunternehmungen nicht entfernt werden könnten.

Aus dieser Grundeinstellung heraus habe die Regierung die Gesetze über die Organisation der Wirtschaftsführung und der rationalen Arbeit geschaffen.

Es wäre nicht nur gerecht, sondern auch im Interesse der Arbeit wirtschaftlich richtiger, wenn man im Auslande erkennen würde, welche gigantische Anstrengung das deutsche Volk und sein Führer machten, um sich aus einer großen Not herauszureißen. Es wäre richtiger, nicht das Augenmerk auf angebliche Missetaten zu lenken, sondern mitzuhelfen, um durch die Wiederaufrichtung eines gesunden Deutschlands der Weltwirtschaft einen größeren Impuls zu geben. Denn nur eine Belebung der Weltwirtschaft werde Deutschland in den Stand setzen, seine Schulden zu bezahlen. Eines sei sicher zu sagen, wenn sich die Völker jetzt gegenseitig die Schuld zuschreiben, statt Hand anzulegen, um endlich schrittweise vorwärts zu kommen. Nicht durch gegenseitige Absonderung oder gar die heimliche Freude, daß es dem andern schlechter gehe, werde die Welt geschunden, sondern wenn tatsächlich alles getan würde, um die wirtschaftlichen Möglichkeiten in allen Ländern wieder zur Entfaltung zu bringen. Nur so werde auch der Schuldendienst zur Befriedigung der Weltgläubiger wieder in Gang kommen. Deutschland habe nicht auf eine Erlösung von außen warten können, da es inzwischen hätte zugrunde gehen können. Deutschland habe dem Auslande infolge der Wirtschaftsbekämpfung erheblich mehr Rohstoffe abgenommen. Es sei nur natürlich, daß es mehr als bisher zu exportieren wünsche. Verhättnissen sich dieser einfachen Schlussfolgerung die ausländischen Märkte, so könne Deutschland die Zahlung der Schulden nicht fortsetzen. Es würde auch außerdem wieder weniger Rohstoffe im Auslande kaufen können.

### Versuch der kirchlichen Einigung auf einer Bischofskonferenz in Erfurt.

Berlin, 29. Mai. (Privattelek.) Aus Kreisen, die der evangelischen Reichskirche nahe stehen, erfahren wir, daß in den nächsten Tagen in Berlin der Verfassungsausschuß der Reichskirche zusammentritt und ein Versuch gemacht wird, wenigstens eine Vermaltungseinheit zwischen den einzelnen Landeskirchen herzustellen. Man denkt an einen Kompromiß, das ist äußerlicher Einigung der einzelnen Landeskirchen in Bezug auf innerkirchliche Fragen die bisher bestehenden Freiheiten nicht antastet. Man ist in dieser Richtung u. a. auch bereits an Pastor Wodelschwingh herangetreten und verspricht sich von den Verhandlungen eine Vereinigung des immer unerträglicher werdenden Rades. Das feinerzeit angeklagte Konzil von Erlangen wird nicht stattfinden, man denkt aber daran, nach Erfurt eine Konferenz der Landesbischöfe und der hervorragendsten evangelischen Theologen einzuberufen, die zu einer Einigung über alle wesentlichen Streitfragen führen soll. Der stärkste Widerstand geht allerdings immer noch von Süddeutschland, insbesondere Bayern aus.

### Empfehlung an die badischen evangelischen Vikare zum Eintritt in die S. A.

Karlsruhe, 28. Mai. (United Press.) Zwischen dem evangelischen Oberkirchenrat und einem badischen Sonderbevollmächtigten der S. A. haben Verhandlungen stattgefunden, auf Grund derer den evangelischen Vikaren der Eintritt in den aktiven S. A.-Dienst empfohlen wird. Die badische Kirchenbehörde fordert die ihr unterstellten Vikare auf, in der S. A. ihren Körper zu erdichten, ihren Willen zu stärken und mit andern Volksgenossen alle Stände in Verbindung zu treten. Die theologische Ausbildung beanspruche den Studenten einseitig intellektuell, so daß die harmonische Einheit von Körper und Geist nur einseitig erreicht werde. Die Vikare dürften nicht lebensfremd sein und auch aus diesem Grunde sei

die Pflicht der jungen Geistlichen, sich in die S. A. einzureihen.

Die badischen Pfarrer haben Anweisung erhalten, bei der Einteilung des pfarramtlichen Dienstes auf den S. A.-Dienst ihrer Vikare Rücksicht zu nehmen. Ueber den S. A.-Dienst der Vikare bestand vor einiger Zeit ein heftiger Streit. Viele Pfarrer waren der Ansicht, daß Vikare im S. A.-Dienst nichts zu suchen hätten.

### Die Aufgabe der Fuldaer Bischofskonferenz.

Berlin, 29. Mai. (Privattelek.) Das Programm der am 5. Juni zusammentretenden Fuldaer Bischofskonferenz erweckt dadurch besonderes Interesse, daß bei den einzelnen Predigten in erster Linie die Bischöfe zu Worte kommen sollen, die bezüglich der Auslegung des Konkordats in einem besonders scharfen Gegensatz zu den staatlichen Stellen stehen. So wird in dem Hochamt zur Eröffnung der Konferenz der Berliner Bischof Vares predigen, am Abend des gleichen Tages spricht der Bischof von Kottenburg Sproll zu den Männern und Jungmännern der Stadt. Es wird übrigens in katholischen kirchlichen Kreisen mit Genugtuung bemerkt, daß die lautesten Munde im Streit gegen die Straße in der letzten Zeit sich sehr wesentlich gemäßigt haben. Man bringt dies in Zusammenhang mit sehr bestimmten Weisungen, die von ganz oben ausgegangen sein sollen. Es wolle nicht viel besagen, wenn lokale Behörden wie etwa letzthin in Triest den konfessionellen Jugendvereinen das geschlossene Auftreten in der Öffentlichkeit, das Mitführen von Raketen und jede sportliche Betätigung verbieten. Eine Regelung dieser Frage für das ganze Reich lasse sich auf die Dauer nicht umgehen. Solche behördliche Verordnungen könnten diese Meinungen nur beschleunigen. Nebenfalls würden die kirchlichen Führer mit allem Nachdruck darauf bestehen, daß diese Regelung nicht verschleppt werde.

### „Wir verstehen die bolschewistischen Methoden des mittelalterlichen Christentums nicht.“

München, 28. Mai. Ag. (D. N. B.) In seiner Rede auf der großen Bauerntagung führte der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Darré u. a. aus: „Das, was wir Volkstum nennen, ist niemals das Ergebnis des Wirkens deutscher Kaiser, deutscher Kirchen- und Territorialfürsten, sondern ist in seiner Voraussetzung ausschließlich an das Vorhandensein deutscher Bauernentums gebunden. Weder Fürsten, noch Kirchen, noch die Städte haben den deutschen Menschen als solchen geschaffen, sondern dieser ist in seiner Grundlage und Voraussetzung germanisches deutsches Bauerntum.“

Weiter bemerkte der Minister: „Eine deutsche Geschichte kann gar nicht geschrieben werden, wenn sie nicht von der Geschichte des deutschen Bauernentums aus geschrieben wird. Es ist zu erwarten, daß die nationalsozialistische Jugend des Dritten Reichs den überlieferten Scheinlauben der Geschichtsforschung entlarven wird. Wir als Nationalsozialisten können es nicht verstehen, daß es im Interesse des Christentums nötig gewesen sein soll, daß die gesamtchristliche bäuerliche Perrenschicht von den Verwirrungen in brutalster Form bei Cannstatt niedergemetzelt wurde und Tausende niedersächsischer Bauern bei Verden a. Aller abgeschlachtet wurden. Wir glauben bisher, daß das Christentum eine Religion der Liebe sei und verstehen solche bolschewistische Methoden nicht.“

### Bewährungskrist für den verurteilten elbassischen Eisenbahner.

Rehl, 29. Mai. Ag. (D. N. B.) Der Straßburger Lokomotivführer Meinel, der wegen Verleumdung der deutschen Reichsregierung zu vier Wochen Gefängnis verurteilt worden war, hat Bewährungskrist bis 1. Januar 1936 erhalten. Er wurde aus dem Gefängnis entlassen und hat das deutsche Reichsgebiet bereits verlassen.

### Deutsches Segelflugzeug bei Montbéliard notgelandet.

Besancon, 28. Mai. Ag. (Havas.) Ein großes Segelflugzeug, das auf seinen Tragflächen das Luftkreuz trug, landete gestern Abend in Montbéliard. Auf Befragen erklärte der Pilot, er sei in Baden-Württemberg gestartet in der Absicht, das Elßaß und die Schweiz zu überfliegen. Er habe sich jedoch verirrt. Der Apparat wurde beschlagnahmt, bis ein behördlicher Entscheid in der Sache vorliegt wird.

### Kommunistische Partei in Danzig verboten.

Danzig, 28. Mai. Ag. (D. N. B.) Der Danziger Polizeipräsident hat am Montag Vormittag die Organisationen der kommunistischen Partei im Gebiete der Freien Stadt Danzig verboten. Das Verbot ist auf Grund des Vereinsgesetzes erfolgt, nachdem durch verschiedene Gerichtsurteile in letzter Zeit einwandfrei erwiesen worden ist, daß die K. P. in Danzig gegen die Straßgesetze verstoßen hat.

In einer Pressebesprechung erklärte der Danziger Polizeipräsident, daß sich das Verbot streng im Rahmen der Verfassung halte und mit einem allgemeinen Vorgehen gegen die Parteien nichts zu tun habe. Auch sollen die kommunistischen Abgeordneten ihre Mandate weiter ausüben können.

# Neuer Appell des Deutschen Reichswirtschaftsministers an die Welt.

## „Ohne Exporthilfe keine Schuldentilgungen“

Frankfurt a. M., 28. Mai. (D. N. B.) Bei der Kundgebung zum 125. Bestehen der Industrie- und Handelskammer Frankfurt a. M. hielt Reichswirtschaftsminister Dr. Schmidt eine Rede in der er u. a. ausführte, Deutschland sei dabei, eine einheitliche starke zentrale Reichsregierung zu schaffen, deren Wille bis in die entferntesten Teile des Reiches unerschütterlich wirksam sei. Das Schicksal aber keineswegs ein starkes örtliches Eigenleben aus. Genau so sei es im Wirtschaftsleben. Deutschland müßte nur eine Wirtschaftspolitik betreiben und diese bestimme die Reichsregierung. Der Staat müsse durch gute Führung der Staatsgeschäfte, vor allen Dingen durch sparsame innere Verwaltung allen Volksgenossen den Lebenskampf erleichtern. Die öffentliche Meinung dürfe sich nicht gegen besondere Betriebsformen wenden, weil bestimmte Kreise kurzfristig meinten, daß ihre Beseitigung ihnen helfen könne. Die Regierung werde alles tun, um die kleinen Betriebe, insbesondere die Handwerkerbetriebe, zu fördern. Sie wisse aber auch, daß vom binnenwirtschaftlichen, vor allen Dingen jedoch vom exportwirtschaftlichen Standpunkt aus die Großunternehmungen nicht entfernt werden könnten.

Aus dieser Grundeinstellung heraus habe die Regierung die Beschlüsse über die Organisation der Wirtschaftsführung und der rationalen Arbeit geschaffen.

Es wäre nicht nur gerecht, sondern auch im Interesse der Arbeit wirtschaftlich richtiger, wenn man im Ausland erkennen würde, welche gigantische Anstrengung das deutsche Volk und sein Führer machten, um sich aus einer großen Not herauszureißen. Es wäre richtiger, nicht das Augenmerk auf angebliche Mängel zu lenken, sondern mitzuhelfen, um durch die Wiederaufrichtung eines geeinigten Deutschlands der Weltwirtschaft einen größeren Impuls zu geben. Denn nur eine Belebung der Weltwirtschaft werde Deutschland in den Stand setzen, seine Schulden zu bezahlen. Eines sei sicher versichert, wenn sich die Völker jetzt gegenseitig die Schuld zuschreiben, statt Hand anzulegen, um endlich schrittweise vorwärts zu kommen. Nicht durch gegenseitige Abwehrung oder gar die heimliche Freude, daß es dem andern schlechter gehe, werde die Welt gesunden, sondern wenn tatsächlich alles getan würde, um die wirtschaftlichen Möglichkeiten in allen Ländern wieder zur Entfaltung zu bringen. Nur so werde auch der Schuldendienst zur Befriedigung der Weltgläubiger wieder in Gang kommen. Deutschland habe nicht auf eine Lösung von außen warten können, da es inzwischen hätte zugrunde gehen können. Deutschland habe dem Ausland infolge der Wirtschaftsbekämpfung erheblich mehr Rohstoffe abgenommen. Es sei nur natürlich, daß es mehr als bisher zu exportieren wünsche. Verschlossen sich dieser einfachen Schlussfolgerung die ausländischen Märkte, so könne Deutschland die Zahlung der Schuldzinsen nicht fortsetzen. Es würde auch außerdem wieder weniger Rohstoffe im Ausland kaufen können.

## Versuch der kirchlichen Einigung auf einer Bischofskonferenz in Erfurt.

Berlin, 29. Mai. (Privattelegr.) Aus Kreisen, die der evangelischen Reichskirche nahe stehen, erfahren wir, daß in den nächsten Tagen in Berlin der Verfassungsausschuß der Reichskirche zusammentritt und den Versuch machen soll, wenigstens eine Verwaltungseinheit zwischen den einzelnen Landeskirchen herzustellen. Man denkt an einen Kompromiß, das bei äußerlicher Einigung der einzelnen Landeskirchen in bezug auf innerkirchliche Fragen die bisher bestehenden Freiheiten nicht antastet. Man ist in dieser Richtung u. a. auch bereits an Pastor Bodelschwingh herangetreten und verspricht sich von den Verhandlungen eine Vereinigung des immer unentzerrlicher werdenden Rohstoffes. Das seinerzeit angekündigte Konzil von Erlangen wird nicht stattfinden, man denkt aber daran, nach Erfurt eine Konferenz der Landesbischöfe und der hervorragendsten evangelischen Theologen einzuberufen, die zu einer Einigung über alle wesentlichen Streitfragen führen soll. Der stärkste Widerstand geht allerdings immer noch von Süddeutschland, insbesondere Bayern aus.

## Empfehlung an die badischen evangelischen Bischöfe zum Eintritt in die S. A.

Karlsruhe, 28. Mai. (United Press.) Zwischen dem evangelischen Oberkirchenrat und einem badischen Sonderbevollmächtigten der S. A. haben Verhandlungen stattgefunden, auf Grund deren den evangelischen Bischöfen der Eintritt in die aktive S. A.-Dienst empfohlen wird. Die badische Kirchenbehörde fordert die ihr unterstellten Bischöfe auf, in der S. A. ihren Körper zu erlöschigen, ihren Willen zu stärken und mit andern Volksgenossen aller Stände in Verbindung zu treten. Die theologische Auszubildung beanspruche den Studenten einseitig intellektuell, so daß die harmonische Einheit von Körper und Geist nur einseitig erreicht werde. Die Bischöfe dürften nicht lebensfremd sein und auch aus diesem Grunde sei es

die Pflicht der jungen Geistlichen, sich in die S. A. einzureihen.

Die badischen Pfarrer haben Anweisung erhalten, bei der Einteilung des pfarramtlichen Dienstes auf den S. A.-Dienst ihrer Vikare Rücksicht zu nehmen. Ueber den S. A.-Dienst der Vikare bestand vor einiger Zeit ein heftiger Streit. Viele Pfarrer waren der Ansicht, daß Vikare im S. A.-Dienst nichts zu suchen hätten.

## Die Aufgabe der Fuldaer Bischofskonferenz.

Berlin, 29. Mai. (Privattelegr.) Das Programm der am 6. Juni zusammentretenden Fuldaer Bischofskonferenz erweckt dadurch besonderes Interesse, daß bei den einzelnen Predigten in erster Linie die Bischöfe zu Worte kommen sollen, die bezüglich der Auslegung des Konkordats in einem besonders scharfen Gegensatz zu den staatlichen Stellen stehen. So wird in dem Hochamt zur Eröffnung der Konferenz der Berliner Bischof Bares predigen, am Abend des gleichen Tages spricht der Bischof von Rottenburg Sproll zu den Männern und Jungmännern der Stadt.

Es wird übrigens in katholisch-kirchlichen Kreisen mit Genugtuung bemerkt, daß die lautesten Mäße im Streite gegen die Kirche in der letzten Zeit sich sehr wesentlich gemäßig haben. Man bringt dies in Zusammenhang mit sehr bestimmten Weisungen, die von ganz oben ausgegangen sein sollen. Es wolle nicht viel besagen, wenn lokale Behörden wie etwa letzthin in Trier den konfessionellen Jugendvereinen das geschlossene Auftreten in der Öffentlichkeit, das Mitführen von Fahnen und jede sportliche Betätigung verbieten. Eine Regelung dieser Frage für das ganze Reich lasse sich auf die Dauer nicht umgehen. Solche behördliche Verordnungen könnten die Meinung nur befähigen. Jedenfalls würden die kirchlichen Führer mit allem Nachdruck darauf bestehen, daß diese Regelung nicht verschleppt werde.

## „Wir verstehen die bolschewistischen Methoden des mittelalterlichen Christentums nicht.“

München, 28. Mai. (D. N. B.) In seiner Rede auf der großen Bauerntagung führte der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Darré u. a. aus: „Das, was wir Volkstum nennen, ist niemals das Ergebnis des Willens deutscher Kaiser, deutscher Kirchen- und Territorialfürsten, sondern ist in seiner Voraussetzung ausschließlich an das Vorhandensein deutscher Bauern gebunden. Weder Fürsten, noch Kirchen, noch die Städte haben den deutschen Menschen als solchen geschaffen, sondern dieser ist in seiner Grundlage und Voraussetzung germanisches deutsches Bauerntum.“

Weiter bemerkte der Minister: „Eine deutsche Geschichte kann gar nicht geschrieben werden, wenn sie nicht von der Geschichte des deutschen Bauerntums aus geschrieben wird. Es ist zu erwarten, daß die nationalsozialistische Jugend des Dritten Reiches den überlieferten Sagen glauben der Geschichtsforschung entlarven wird. Wir als Nationalsozialisten können es nicht verstehen, daß es im Interesse des Christentums nötig gewesen sein soll, daß die gesamtchristliche bäuerliche Herrschaft von den Merowingern in brutaler Form bei Cannstatt niedergeworfen wurde und Tausende niederländischer Bauern bei Verden a. Aller abgeschlachtet wurden. Wir glaubten bisher, daß das Christentum eine Religion der Liebe sei und verstehen solche bolschewistische Methoden nicht.“

## Bewährungsfrist für den verurteilten elsässischen Eisenbahner.

Rehl, 29. Mai. (D. N. B.) Der Straßburger Lokomotivheizer Meinel, der wegen Verleumdung der deutschen Reichsregierung zu vier Wochen Gefängnis verurteilt worden war, hat Bewährungsfrist bis 1. Januar 1936 erhalten. Er wurde aus dem Gefängnis entlassen und hat das deutsche Reichsgebiet bereits verlassen.

## Deutsches Segelflugzeug bei Montbéliard notgelandet.

Besançon, 28. Mai. (Havas.) Ein großes Segelflugzeug, das auf seinen Tragflächen das Aufkreuztrug, landete gestern Abend in Montbéliard. Der Besatzung erklärte der Pilot, er sei in Baden-Württemberg gestartet in der Absicht, das Elßaß und die Schweiz zu überfliegen. Er habe sich jedoch verirrt. Der Apparat wurde beschlagnahmt, bis ein behördlicher Entscheid in der Sache vorliegen wird.

## Kommunistische Partei in Danzig verboten.

Danzig, 28. Mai. (D. N. B.) Der Danziger Polizeipräsident hat am Montag Vormittag die Organisationen der kommunistischen Partei im Gebiete der Freien Stadt Danzig verboten. Das Verbot ist auf Grund des Vereinsgesetzes erfolgt, nachdem durch verschiedene Gerichtsurteile in letzter Zeit einwandfrei erwiesen worden ist, daß die K. P. in Danzig gegen die Straßgesetze verstößt hat.

In einer Pressebesprechung erklärte der Danziger Polizeipräsident, daß sich das Verbot streng im Rahmen der Verfassung halte und mit einem allgemeinen Vorgehen gegen die Parteien nichts zu tun habe. Auch sollen die kommunistischen Abgeordneten ihre Mandate weiter ausüben können.

Sofia, 28. Mai. (United Press.) Die erste Witzfallens-Kundgebung gegen den Umschwung in Bulgarien wurde heute bei der alljährlichen Gedenkfeier für den mazedonischen Unabhängigkeitskampf hier veranstaltet. Etwa 3000 Mazedonier versuchten dem Demonstrationsverband der Regierung zu widerzuhandeln und vor dem königlichen Palast eine Kundgebung zu veranstalten. In der Menge erschallten Rufe: „Nieder mit der proserbischen Regierung!“. Verrittene Polizei ging gegen die Demonstranten vor und vertrieb sie.

(Agence Bulgare.) Die politische Gruppe „Benos“ hat am Montag Abend folgende Mitteilung veröffentlicht: „Da die neue Regierung die Mitwirkung aller lebendigen nationalen Kräfte fordert, hält es die politische Gruppe „Benos“ für notwendig, sich als politische Organisation aufzulösen, damit ihre Mitglieder ihre Bemühungen für die Verwirklichung der nationalen Einheit im neuen Staat frei entfalten können. Ferner hat die Gruppe „Benos“ in Anbetracht dieses Umstandes beschlossen, die Veröffentlichung ihres Presseorgans „Sagreb“ einzustellen.“

## Unglücksfälle und Verbrechen.

### Ein Zimmermann zu Tode gestürzt.

Leipzig, 28. Mai. Auf einem Neubau in Leon stürzte der Zimmermann Ernst Büscher, Vater von fünf noch unerwachsenen Kindern, aus 8 Meter Höhe zu Boden. Er starb an den erlittenen Verletzungen im Rantonspsital.

### Unglücklicher Schütze.

Bug, 28. Mai. (D. N. B.) In Bug wurde am Sonntag der 14-jährige Knabe René Amberg an der Baarstraße, während er sich am offenen Fenster befand, von einem in der Nähe mit einem Floberktgewehr auf Vögel schießenden jungen Mann erschossen. Das Geschloß drang dem Knaben in die Brust, so daß der Tod fast augenblicklich eintrat. Der unglückliche Schütze wurde verhaftet.

### Schadenfeuer auf Jamaika.

Kingston (Jamaika), 28. Mai. (United Press.) Ein riesiges Schadenfeuer, durch welches ein großes Lagerhaus der Kolosfarmer-Vereinigung vollständig eingeschmelt wurde, ist heute hier ausgebrochen. Außerdem brannten mehrere Gebäude, die in der Nähe des Lagerhauses standen, nieder. Andere Häuser wurden durch das Feuer und das Wasser erheblich beschädigt. Nach den ersten Schätzungen beläuft sich der Sachschaden auf ungefähr 350.000 Pfd. Sterling, welcher Betrag in voller Höhe durch Versicherung gedeckt sein soll.

### Kampf um ein Kloster.

Rom, 29. Mai. In der sizilianischen Stadt Noto wollten einige Verbrecher in der Nacht in das Mönchskloster San Corrado einbrechen, wobei es zu einem erbitterten Kampf mit der dortigen Polizei kam. Die Mönche läuteten Sturm, um die Bevölkerung zu Hilfe zu rufen. Nach blutigem Gewehrkampf zogen die Verbrecher ab unter Zurücklassung von zwei Schwerverletzten. Auch ein Polizeikommissar wurde schwer verletzt.

### Unzuverlässiger Dolmetsch.

Mailand, 28. Mai. Der Berner Kaufmann Christoph Steiner war mit dem Landsmann M. Mierez als Dolmetsch nach Mailand gekommen, um für 40.000 Lire Edelsteine in Italien zu verkaufen. Während Steiner nun einen Augenblick nicht auf sein Gut aufpaßte, wurden ihm von seinem Begleiter die Juwelen entwendet. Er machte Anzeige, worauf Mierez verhaftet wurde, den Diebstahl gestand und das Versteck der Edelsteine angab, die wieder beigebracht werden konnten.

### Zum Eisenbahnunglück auf der Linie Frankfurt-Berlin.

Halle, 28. Mai. (D. N. B.) Zu dem Eisenbahnunglück in Weissenfels wird noch folgendes bekannt: Die Entgleisung des Personenzuges 869 Frankfurt-Berlin ereignete sich etwa 150 Meter von der Bahnhofshalle entfernt. Augenzeugen haben beobachtet, daß sich von der Lokomotive ein Gegenstand löste und wegfiel. Es dürfte dies das vordere Räderpaar der Maschine gewesen sein. Die Lokomotive rief sich vom Postwagen los, sprang über die Schienen und legte sich auf die Seite, so daß die Räder noch über das Geleise hinwegragten. Die übrigen Wagen fuhren gegen die Räder und wurden zum Teil aufgerissen und auf die Seite geschleudert.

### Geheimnisvoller Mord an einem Knaben.

Regensburg, 28. Mai. (D. N. B.) Der 9-jährige Sohn eines Strafenwärters von Regenzing wurde im nahen Wallerndorf in nächster Nähe der Straße in einem Acker sterbend aufgefunden. Ueber den Vorfall wird weiter berichtet, daß mehrere Knaben am späten Freitag Nachmittag in den nahen Wald gingen, um Krähennester auszunehmen. Der Kleine hatte sich etwas verspätet und wollte seinen Kameraden auf dem Wege nachfolgen. Als dies nicht geschah, kehrten die Jungen zurück und fanden ihren Kameraden sterbend auf. Der sofort herbeigeholte Vater vernahm noch aus dem Munde seines Kindes die gelassenen Worte „Ein fremder Mann“, dann verschied es. Polizei durchstreift die Wälder, ohne daß es bisher gelungen wäre, eine Spur von dem Verbrecher zu finden.

### Unglücksfall oder Selbstmord?

Paris, 29. Mai. Der 39-jährige Graf Rehmier Pozzo di Borgo, ein Nachkomme einer der ältesten forsischen Familien, die zahlreiche Militärs und Diplomaten hervorgebracht hat, wurde am Montag Abend in seiner Wohnung tot aufgefunden. Der Tod ist auf Gasvergiftung zurückzuführen. Es ist noch nicht aufgeklärt, ob Selbstmord oder Unfall vorliegt, doch neigt man zu der Annahme, daß es sich um einen auf schlechtes Funktionieren des Badeofens zurückzuführenden Unglücksfall handelt.